

die "geistige Atombombe" ihres Gesellschaftsmodells setzen, das in der Zwischenzeit freilich jegliche Attraktivität verloren hat. Längst auch wurde die alte Klassenkampforderung durch die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" ersetzt, als deren Erfinder China sich betrachtet.

- Verschoben haben sich die Forderungen schließlich von der bloßen nuklearen auf die allgemeine Abrüstung sowie vom generellen Verbot nuklearer Institutionen auf die Ausklammerung ziviler Nuklearforschung zu friedlichen Zwecken.

Gleichgeblieben sind andererseits

- die Forderung nach einer "Demokratisierung" der Abrüstungsberatungen: Vor allem solle die UNO-Generalversammlung - und damit die Dritte Welt - verstärkt einbezogen werden;
- und weiterhin die regionale Komponente: China fährt damit fort, "atomwaffenfreie Zonen" in den verschiedenen Teilen der Welt zu fordern, sei es nun im Indischen Ozean, im Himalaya oder in den Anden.

Trotz aller Entpolitisierung und Versachlichung der chinesischen Überlegungen hatten sich die Abrüstungsvorschläge Beijings bisher freilich immer nur an die *anderen* Atomkräfte gerichtet: Es gelte, das Nuklearmonopol einiger weniger Mächte zu brechen, hieß es. Neuerdings ist man freilich auch hier zu mehr Selbstbesinnung gekommen - und hat sich einen Schritt weiter bewegt.

In einer gekonnten Inszenierung gab Ministerpräsident Li Peng erstmals anlässlich der China-Visite seines japanischen Amtskollegen Kaifu am 10.8.1991 bekannt, daß die VR China "prinzipiell" bereit sei, dem Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen beizutreten. Da Kaifu der erste Regierungschef der G-7 war, der seit dem Massaker vom 4. Juni 1989 wieder chinesischen Boden betrat, sollte diese Ankündigung Signalcharakter haben und sich vor allem an die USA wenden, deren Repräsentantenhaus - im Gegensatz zum Senat - immer noch fest entschlossen ist, China den Meistbegünstigungsstatus zu entziehen (dazu Näheres C.a., Juli 1991, Ü 7). Mitglieder des Repräsentantenhauses hatten ihre Einstellung u.a. damit begründet, daß China die Länder Pakistan und

Algerien beim Bau von Atombomben unterstützte sowie M-9-Raketen an Syrien, M-11-Raketen an Pakistan und Kurzstreckenraketen vom Typ "Seidenraupe" an den Iran verkaufe. -we-

Innenpolitik

*(4)

Wie Deng Xiaoping und die alte Garde sowjetische Verhältnisse verhindern wollen

Nach einem Bericht des *Zhengming*-Korrespondenten Luo Bing soll Deng Xiaoping jüngst drei Maßnahmen gefordert haben, um eine Entwicklung wie in der Sowjetunion zu verhindern:

- 1) In den nächsten drei bis fünf Jahren muß dem Kampf gegen die "friedliche Evolution" (*heping yanbian*) außerordentliche Bedeutung beigemessen werden, da die "friedliche Evolution" die politische Hauptgefahr darstellt. Bei diesem Kampf geht es um das Schicksal von Partei und Staat sowie von Zigmillionen von Parteimitgliedern.
- 2) Aus den Erfahrungen bei der Niederschlagung der "konterrevolutionären Rebellion" (*fangeming baoluan*) müssen fortgesetzt Lehren gezogen werden, und der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung muß fest entschlossen bis zu Ende geführt werden.
- 3) Es müssen gute Nachfolger ausgewählt werden. Auf jeden Fall muß auf allen Ebenen von Partei und Staat verhindert werden, daß Verschwörer, Karrieristen und bürgerlich-liberale Elemente Führungspositionen erklimmen.

Nach dem Scheitern des orthodoxen Putschversuches in der Sowjetunion soll Deng Xiaoping vor allem die Notwendigkeit einer 'korrekten' Regelung der Nachfolgefrage betont haben. Deng zufolge kommen für die künftigen Führungspositionen primär die Nachkommen der alten KP-Garde in Frage, die von kritischen chinesischen Intellektuellen als "Kronprinzen-Partei" (*taizi dang*) oder "Kronprinzen-Kaste" (*taizi jieceng*) bezeichnet wer-

den. Zwar sind die Söhne und Töchter, Neffen und Nichten, Schwiegersöhne und Schwiegertöchter der alten KP-Führer aufgrund ihrer privilegierten Stellung unter der Bevölkerung sehr unbeliebt, doch angesichts der Bedrohung der kommunistischen Herrschaft scheint Deng Xiaoping darauf keine Rücksicht nehmen zu wollen: "[Wir sollten uns] nicht davor fürchten, wenn die Leute von 'Kronprinzen-Partei' oder 'Kronprinzen-Kaste' daherreden... Die eigentliche Ursache, warum es in der Sowjetunion zu diesen Problemen gekommen ist, besteht doch darin, daß man nicht die richtigen Nachfolger ausgewählt hat und zuließ, daß bürgerliche Karrieristen [sic!] die politische Macht ergriffen!" (Nach Luo Bing, in *Dongxiang*, September 1991, S. 6)

Um sicherzustellen, daß sich die "Kronprinzen" fest etablieren, aber auch keine Fehler begehen oder politisch aus dem Ruder laufen, soll sich die alte Garde der über 80jährigen auch darauf geeinigt haben, die Zentrale Beraterkommission entgegen der ursprünglichen Planung über den XIV. Parteitag hinaus beizubehalten (ebenda).

Der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission Chen Yun (1905) soll kürzlich in einer Rede gefordert haben, daß "die alten Kader eine prominente Rolle bei der Verteidigung der Linie der Partei und der Reinheit des Marxismus spielen sollten" (nach SCMP, 5.9.91). Chen Yun hatte bereits in der Vergangenheit mehrfach verlangt, daß es den "Revolutionären der ersten Generation" erlaubt sein müsse, am politischen Entscheidungsprozeß weiterhin prominent beteiligt zu sein.

Nach dem Scheitern des orthodoxen Putschversuches in der Sowjetunion soll Chen Yun gefordert haben, daß "wir eine Lehre aus den Ereignissen in der Sowjetunion ziehen und politische Prinzipien und ideologische Reinheit bei der Auswahl von Kadern betonen... China muß verhindern, daß Rädelführer wie Jelzin nach oben kommen" (nach SCMP, 4.9.91).

Die politische Zuverlässigkeit als Kriterium für die Beförderung von Funktionären in Führungspositionen wurde auch von dem Berater der ZK-Organisationsabteilung Chen Yeping in einem längeren Artikel für die *Volkszeitung*

betont. Gleichzeitig kritisierte Chen namentlich den gestürzten früheren ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang, der fälschlicherweise die fachliche Qualifikation als wichtigstes Kriterium bei der Kaderauswahl betrachtet habe. (RMRB, 1.9.91) -sch-

***(5)
Zu viele Funktionäre und zu hohe Verwaltungskosten**

Die Zahl der Kader und der Verwaltungsorgane und - damit zusammenhängend - die Verwaltungskosten sollen wieder einmal gesenkt werden. So haben es ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng angekündigt (Wen Hui Bao, Hongkong, 11.9.91, in SWB, 13.9.91). In der Vergangenheit waren alle diesbezüglichen Versuche letztlich kläglich gescheitert, denn am Ende wurde genau das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich bezweckt worden war. So verdoppelte sich die Zahl der Funktionäre zwischen 1978 und 1990 von 15 Mio. auf 30 Mio., während sich die Verwaltungskosten sogar verfünffachten.

Unter den sehr widersprüchlichen Angaben über die Zusammensetzung des chinesischen Beamtenapparats erscheinen die folgenden noch am verlässlichsten: Reine Verwaltungskader belaufen sich auf etwa 9 Mio., die restlichen 21 Mio. sind technisches Personal und andere Fachleute. Fast ein Drittel der Funktionäre, d.h. etwa 9 Mio., arbeiten für die Zentrale, während zwei Drittel auf den verschiedenen lokalen Ebenen tätig sind. Allein 5 Mio. Kader arbeiten in Regierungsorganen. -sch-

***(6)
Neuere Zahlen über Religionszugehörigkeit: Allein fast 70 Mio. Christen?**

Die Zahl der Anhänger der verschiedenen religiösen Glaubensrichtungen soll sich mittlerweile auf insgesamt über 230 Mio. belaufen. Dies wird in der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* unter Berufung auf "Untersuchungsergebnisse der zuständigen Behörden" berichtet. Die Zahl der Christen soll demnach fast 70 Mio. betragen. Bisher beliefen sich die höchsten Schätzungen auf rund 50 Mio. Christen (siehe u.a. C.a., August 1990, Ü 35). Die Zahl der buddhistischen Gläubigen und der

Muslimen wurde bisher meistens mit rund 100 Mio. bzw. 20 Mio. angegeben. Sollten die vorgenannten Zahlenangaben stimmen, dürfte es auch wesentlich mehr buddhistische und moslemische Gläubige geben, als bisher angenommen. (Dongxiang, August 1991, S. 24)

Mit fast 70 Mio. Anhängern haben die christlichen Kirchen mehr Mitglieder als die Kommunistische Partei (rund 50 Mio.). In den Provinzen Hebei und Jiangsu sowie in Beijing soll die Zahl der Christen vergleichsweise am höchsten sein. So sollen in der Provinz Hebei, die rund 60 Mio. Einwohner zählt, allein 4 Mio. Christen leben, während die KPCh dort nur über 2,8 Mio. Mitglieder verfügt. (Ebenda)

Den wachsenden Einfluß der Religionen vor allem unter der Landbevölkerung hatte der stellvertretende Staatspräsident Wang Zhen (1908) bereits Anfang 1991 in einer internen Rede über die "Bedrohung durch feudalistische Kräfte auf dem Land" beklagt. Die KPCh-Organisationen auf dem Land und deren Aktivitäten würden dadurch erheblich beeinträchtigt, witterte der orthodoxe Haudegen: "Immer weniger Leute wollen der Partei oder dem Kommunistischen Jugendverband beitreten, während immer mehr Leute sich religiösen Gruppen anschließen. Viele Menschen, vor allem junge Leute, haben überhaupt gar keine Lust, in die Partei oder in den Jugendverband aufgenommen zu werden." (Nach SCMP, 12.3.91)

Im Kreis Handan in der Provinz Hebei sind nach Angaben von Wang Zhen im letzten Jahr 813 Personen der katholischen Kirche beigetreten, während sich nur 270 der KPCh anschlossen. In der Provinz Henan stieg die Zahl der Christen von 400.000 im Jahre 1982 auf über eine Million im Jahre 1990.

Die folgenden von Wang Zhen angesprochenen Phänomene lassen auf einen beträchtlichen Einflußverlust der KPCh unter der Landbevölkerung schließen: Während Veranstaltungen der Partei kaum besucht werden, obwohl sie zuvor über Rundfunk bekanntgegeben werden und die Teilnehmer dafür 1 Yuan RMB erhalten (sic!), sind die Veranstaltungen der Kirchen immer gut besucht. Die Bauern spenden viel Geld für den Bau von neuen Kirchen, doch für Projekte der

Parteiorganisationen geben sie nichts. Mittlerweile ist in einer Reihe von Orten das Ansehen und der Einfluß der religiösen Führer größer als die Autorität der Parteikader. So müssen Parteifunktionäre bisweilen die örtlichen Priester und Pastoren bitten, sich bei den Gläubigen für den Verkauf von Reis an den Staat einzusetzen oder eine Versammlung aller Dorfbewohner einzuberufen. (Ebenda) -sch-

***(7)
Politische Ausrichtung nichtstaatlicher Organisationen**

In der Volksrepublik China soll es mittlerweile über 20.000 nichtstaatliche Organisationen mit jeweils mehr als 100 Mitgliedern geben. Dies wurde in der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* unter Berufung auf Angaben aus Kreisen der öffentlichen Sicherheitsorgane berichtet. Rund 30% dieser Organisationen sollen religiösen Charakter haben, während etwa 60% den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Kunst und Hobby zugerechnet werden können. Bei 7% bis 8% der nichtstaatlichen Organisationen soll es sich de facto um politische Gruppierungen handeln, die unter dem Deckmantel von wissenschaftlichen Diskussionszirkeln oder Studienkreisen firmieren. Ihre Mitglieder stammen ausnahmslos aus wissenschaftlichen Einrichtungen und aus Partei- und Staatsorganen. Nach Untersuchungen der Sicherheitsorgane sind einige dieser illegalen politischen Organisationen bereits in Partei-, Staats- und Armeeeorganen auf Provinzebene aktiv. Teilweise sollen diese Organisationen innerhalb der KPCh und des Kommunistischen Jugendverbands sogar offen um Mitglieder werben. (Dongxiang, August 1991, S. 24)

Nach Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung (minzheng bu) waren Ende März 1989 über 2.400 nichtstaatliche Organisationen auf nationaler Ebene offiziell registriert. Hinzu kamen über 13.000 nichtstaatliche Organisationen auf Provinzebene. Die Mitgliederzahl dieser mehr als 15.400 nichtstaatlichen Organisationen belief sich auf über 70 Mio. Nach der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 ordnete die Partei- und Staatsführung eine Neuregistrierung der nichtstaatlichen Organisationen an. Dadurch sollten alle nichtstaatlichen Organisationen erneut auf ihre Existenz

berechtigung hin überprüft werden, womit sich offenbar auch das Ziel einer politisch orientierten Säuberung des nichtstaatlich organisierten Sektors verband. Bis Ende April 1991 wurden über 1.500 nichtstaatliche Organisationen auf nationaler Ebene wieder neu registriert, d.h. 900 weniger als vor der Protestbewegung. Auf Provinzebene wurden lediglich mehr als 6.000 wieder neu registriert, d.h. 7.000 weniger als vor Mitte 1989. Eine weitere Maßnahme zur politischen Ausrichtung des nichtstaatlichen Bereichs stellt die Aufforderung der KPCh-Führung an Parteimitglieder und Parteikader dar, den nichtstaatlichen Organisationen beizutreten, um diese auf einen "korrekten" Kurs zu bringen. (Ebenda, S. 23-24)-sch-

*(8)

Verschärfte Gesetze gegen Prostitution und Frauenhandel

Am 4. September verabschiedete der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses einen "Beschuß über das strenge Verbot von Prostitution und Hurerei" sowie einen "Beschuß über die strenge Bestrafung der Entführung, des Verkaufs und der Verschleppung von Frauen und Kindern" (GMRB, 6.9.91; englischer Wortlaut beider Beschlüsse: SWB, 7.9.91). Die Beschlüsse haben Gesetzeskraft; sie verschärfen und ergänzen bestehende Gesetze. Den Hintergrund bildet die auch offiziell eingestandene Tatsache, daß sich vor allem die Prostitution immer stärker ausbreitet. Diesem widersprechen Meldungen, wonach ein deutlicher Rückgang von Geschlechtskrankheiten von einer erfolgreichen Bekämpfung der Prostitution herrühre (s. separater Bericht).

So gab ein Sprecher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit (Gong'an Bu) bekannt, daß in den ersten sieben Monaten dieses Jahres im ganzen Land deutlich mehr Fälle von gewerbsmäßiger Unzucht polizeilich aktenkundig wurden als im Vorjahreszeitraum. In den Städten sei Prostitution unverändert stark verbreitet, doch dehne sie sich tendenziell auch in die Vorstädte und entlang der Verkehrswege bis in die Marktflecken und auf die Dörfer aus. Schwerpunkte lägen im Küstengebiet. Die Szene werde immer raffinierter, und mancherorts gebe es bereits eine organisierte Unterwelt.

Als Orte, an denen sich Prostitution abspiele, werden Hotels, Restaurants, Tanz- und Karaokebars, Kinos, Cafés und andere Unterhaltungsstätten genannt (GMRB, 7.9.91). Eine Fachtagung in Fuzhou schätzt die Lage ähnlich ein. Das Problem, so heißt es dort, sei trotz wiederholter Gegenmaßnahmen "nach wie vor sehr ernst", und man habe es nicht unter Kontrolle. Auch von "telefonischer Belästigung" (gemeint ist offenbar Telefonsex) wird berichtet. Gerade an den Stellen, wo Prostitution besonders gängig sei, seien keine wirksamen Bemühungen erfolgt, sie zu unterbinden. (*Xinhua*, chin., 23.9.91, nach SWB, 26.9.91).

Die seltsame Tatsache, daß zwar von wiederholten Maßnahmen berichtet wird, daß dabei aber ausgerechnet die Schwerpunkte ausgespart werden, dürfte damit zusammenhängen, daß dort zu viele Stellen und Personen von der Prostitution profitieren und mancherorts wohl auch die Polizei selbst. Jedenfalls gibt das neue Verbot der Prostitution zu erkennen, daß nicht die Dirnen, sondern die Zuhälter als die eigentlichen Übeltäter angesehen werden. So wird mit mindestens zehn Jahren Gefängnis bis maximal lebenslanglich und einer Geldstrafe von maximal 10.000 Yuan bestraft, wer Prostitution organisiert; auf besonders schwere Fälle steht sogar die Todesstrafe. Ebenso bestraft wird, wer Mädchen unter 14 zur Prostitution zwingt, wer den Zwang zur Prostitution mehrfach ausübt oder die betreffende Frau durch Vergewaltigung oder Zufügen von Verletzungen zur Prostitution zwingt. Etwas niedrigere Strafen werden angedroht für Verführung zu Prostitution sowie für ihre Zulassung, für Kuppelei und ähnliche Beihilfe. Diese Strafdrohung bezieht sich ausdrücklich auch auf das Personal im Hotel-, Gaststätten- und Unterhaltungsgewerbe sowie auf Autovermieter (gemeint sind offenbar Taxiunternehmen). Allen diesen Betrieben droht im Wiederholungsfall zudem die Schließung. Demgegenüber haben die Prostituierten selbst im wesentlichen nur Erziehungslager von sechs Monaten bis zwei Jahre Dauer zu gewärtigen. Interessant ist ein zusätzlicher Absatz, der sich auf "staatliches Personal" bezieht, "das für die Durchsetzung des Prostitutionsverbots verantwortlich ist", und diesem Gefängnis und andere Strafen für den Fall androht, daß es "kriminellen Elementen" dazu verhilft, der Strafe zu

entkommen oder sie unterstützt. Damit wird indirekt offiziell bestätigt, daß es Fälle einer Verquickung von Polizei und Zuhalterei gibt. Daß die Prostitution von den Behörden vor Ort als Geldquelle genutzt und daher wohl oft stillschweigend geduldet wird, deutet auch der Sprecher des Ministeriums an, der sich dagegen wendet, weiterhin nur Geldstrafen zu verhängen statt die Betroffenen ins Gefängnis oder ins Erziehungslager zu bringen. Da Prostitution schon bisher verboten war, darf man skeptisch sein, ob der Volkskongreßbeschuß mehr bewirken kann als ein vorübergehendes Anhalten der Entwicklung.

Aus einem Pekinger Umerziehungszentrum für Prostituierte werden Einzelheiten berichtet. Dort wurden in den fünf Jahren seines Bestehens 427 Mädchen und Frauen im Alter 18 bis 25 Jahren aufgenommen. Die Insassinnen erhalten Unterricht unter anderem in Medizin und Recht. Als Rückfallquote wird eine bemerkenswert niedrige Zahl von 7 Prozent angegeben (XNA, 5.9.91, nach SWB, 11.9.91). Ob andere Umerziehungslager ähnlich erfolgreich arbeiten, ist nicht bekannt.

In engem Zusammenhang zum Prostitutionsverbot steht das neue Gesetz gegen Entführung und Verkauf von Frauen und Kindern. Die Strafdrohung lautet hier auf mindestens drei und maximal zehn Jahre Gefängnis sowie eine Geldstrafe von maximal 10.000 Yuan. Im Falle, daß Entführung und Handel gewerbsmäßig erfolgen - dies wird angenommen, wenn mindestens drei Frauen oder Kinder entführt und verkauft wurden - oder daß die entführten Frauen zur gewerbsmäßigen Unzucht genötigt werden sowie in weiteren Fällen erhöht sich die Gefängnisstrafe auf mindestens zehn Jahre; auf besonders schwere Vergehen steht die Todesstrafe. Die Strafdrohung für den Käufer beläuft sich auf maximal drei Jahre Gefängnis, sofern nicht weitere Aspekte (z.B. Nötigung zu Geschlechtsverkehr) hinzukommen. Auch in diesem Gesetz findet sich ein Passus, der ein zusätzliches Licht auf die gesellschaftliche Wirklichkeit wirft. So erhalten "Führer" bis zu fünf Jahren Gefängnis, die eine Menschenmenge zusammenbringen, um Beamte daran zu hindern, entführte und verkaufte Frauen oder Kinder zu befreien - offenbar wird der Erwerb von Ehefrauen an einigen Orten nicht als moralisch

anstößig gewertet. Ein weiterer Absatz läßt darauf schließen, daß selbst zuständige Beamte zuweilen die Ansicht vertreten, solcher Menschenhandel sei eine läßliche Sünde, wird ihnen doch Strafe angedroht, wenn sie auf den Hilferuf Entführter oder deren Verwandter nicht reagieren. - Die Brisanz dieses Gesetzes wird durch eine Meldung unterstrichen, wonach Hunderte von vietnamesischen Bäuerinnen nach China und Kambodscha als Prostituierte verkauft werden (IHT, 7./8. 9.91). -hws-

*(9)

Kinderlose Ehepaare

Der Wunsch, Kinder und vor allem Söhne zu bekommen, war bislang für alle chinesischen Ehepaare selbstverständlich. Unterdessen zeichnet sich jedoch eine stille Revolution ab, bei der Intellektuelle als Vorreiter für eine bewußt angestrebte Kinderlosigkeit fungieren.

Eine jüngste Umfrage unter 10.000 jungverheirateten Paaren in der südchinesischen Stadt Guangzhou (Kanton) ergab, daß dort 30 Prozent während der ersten drei bis fünf Ehejahre auf Nachwuchs verzichteten und 10 Prozent überhaupt keine Kinder wollen. Von Pekinger Intellektuellen wird berichtet, daß dort mittlerweile sogar 30 Prozent aller Jungverheirateten kinderlos bleiben wollen. Ähnliche Entwicklungen seien auch in Nanjing, Shanghai und anderen Großstädten zu verzeichnen.

Ein solcher bewußter Verzicht auf Kinder bedeutet einen unerhörten Bruch mit einem zentralen Element der chinesischen Tradition und ist Ausdruck eines tiefgreifenden Wertewandels. Einige kinderlose Paare äußerten sich zu den Gründen für ihre Entscheidung. Demnach spielt vor allem bei der Frau die Abneigung eine Rolle, zugunsten eines Kindes auf Beruf und Karriere zu verzichten. Auch ökonomische Überlegungen - die Kosten für die Aufzucht eines Kindes - und die beengte Wohnsituation werden als Gründe angeführt. Genannt wird ferner der Wunsch, ein bequemeres und moderneres Leben zu führen und den Problemen, die mit Kindererziehung verbunden sind, aus dem Wege zu gehen.

Der neue Trend sollte bei den Geburtenplanern freudige Zustimmung hervorrufen, ist ihnen offenbar aber selbst noch nicht ganz geheuer. Jedenfalls rang sich ein Fachmann des Pekinger Forschungsinstituts für Familie und Heirat nur zu der Erkenntnis durch, es handele sich um ein objektives Faktum in einer bestimmten Phase der Bevölkerungsentwicklung, und man solle die Kinderlosigkeit weder befürworten noch verdammen. (XNA, 19.9.91) -hws-

*(10)

Familienplanungsschulen und verstärkte materielle Anreize zur Geburtenkontrolle

Die Familienplanungskommission fördert die Ein-Kind-Politik zunehmend durch "Familienplanungsschulen", auf denen frisch Verheiratete und junge Mütter eine Woche lang Unterricht unter anderem in Familienplanung, Empfängnisverhütung, Schwangerschaftshygiene und in säuglingsmedizinischen Fragen erhalten. Derartige Schulen existierten mittlerweile schon in 650 Kreisen und 2.000 Städten. Besonders aktiv scheint man in Chongqing (mit Umland 14,8 Millionen Einwohner) zu sein, wo seit 1988 in 2.500 derartigen Schulen 2 Millionen "Schüler" sowie 30.000 Lehrer ausgebildet wurden. Wichtig für den Erfolg der Schulen auf dem Lande ist offenbar eine ökonomische Argumentation, wird den Bauern doch klargemacht, daß zusätzliche Kinder ihr Pro-Kopf-Einkommen schmälern. (XNA, 2.9.91)

Ganz auf der ökonomischen Schiene fährt auch ein neues Familienplanungsverantwortlichkeitssystem, das jüngst von Partei und Verwaltung für die ganze Provinz Guangdong beschlossen wurde. Demnach soll der Erfolg bei der Familienplanung das wichtigste Kriterium für die berufliche und die Partei-Karriere, für die Einstufung von Betrieben oder für die Gewährung von Arbeiterlaubnissen außerhalb der Landwirtschaft sein. Offenbar sind die Erwartungen der Familienplaner an das neue System, das als "wunderbar" bezeichnet wird, sehr hochgespannt (Guangdong Provinzradio, 15.9.91 nach SWB, 24.9.91). Sofern das Schicksal von Betrieben vom Gebärverhalten der Belegschaft abhängig gemacht wird, ist freilich nicht zu verkennen, daß damit einzelne Familien bzw. Frauen einem nochmals ungeheuer verstärkten sozialen Druck ausgesetzt werden. -hws-

*(11)

Abtreibung per Pille

Die Dongbei General Pharmaceutical Factory stellt neuerdings eine Arznei her, die den üblichen chirurgischen Eingriff bei einer Abtreibung überflüssig macht und daher vor allem von Geburtenplanern begrüßt wird. Inwiefern diese Pille mit einem Pharmazeutikum gleicht, das bereits seit längerem in Frankreich angewandt wird, wurde nicht berichtet. Klinische Tests hätten immerhin eine Erfolgsquote von 90 Prozent ergeben. (GMRB, 20.9.91; China Central Television, 19.9.91, nach SWB, 23.9.91) -hws-

*(12)

Rückgang von Geschlechtskrankheiten

Derzeit wird aus den großen Städten Chinas von einem starken Rückgang sexuell übertragener Krankheiten berichtet (XNA, 6.9.91) und zwar in Höhe von 30 Prozent im 1. Halbjahr 1991. Vorausgegangen war ein jahrelanger stetiger Anstieg dieser Krankheiten, von denen im Jahr 1990 insgesamt 44.117 Fälle registriert wurden. Bei etwa 60 Prozent handelte es sich um Gonorrhöe und bei nur 1,2 Prozent um Syphilis. Bis Ende 1990 wurden 493 Aids-Infektionen nachgewiesen, an Aids erkrankt waren 6 Patienten. Ein Sprecher des Gesundheitsministeriums führt den Rückgang der Geschlechtskrankheiten auf staatliche Maßnahmen zur Eindämmung "verschiedener krimineller Tätigkeiten einschließlich der Prostitution" zurück. Erkrankte Prostituierte müssen sich - so eine jüngst ergangene Forderung der Gesundheitsbehörde - einer Behandlung unterziehen und werden vor deren Abschluß nicht entlassen (XNA, 6.9.91). Auch im neuen Volkskongreßbeschuß zum Verbot von Prostitution ist diese Forderung enthalten. -hws-

*(13)

Gleichstellung der Frauen läßt noch zu wünschen übrig

Eine großangelegte Umfrage zur Rolle der Frauen - offenbar die erste seit 40 Jahren - förderte konservative Einstellungen, jedoch auch deutliche Fortschritte gegenüber früher zutage. Auf einer internationalen Tagung von Frauen in Führungspositionen wurden Zahlen über Chinesinnen im Berufsle-

ben bekannt. Gute Erfolge vermeldet ein Bildungsprogramm für Landfrauen.

Die besagte Umfrage wurde vom Gesamtchinesischen Frauenverband unter 41.000 Menschen (zur Hälfte Männer) von 16 bis 64 Jahren in 21 Provinzen durchgeführt. 63 Prozent der Befragten stimmten der Ansicht zu, daß Frauen eine wichtige Rolle in Politik und Wirtschaft spielen. Mehr als die Hälfte sah die Männer jedoch als den Frauen überlegen an, und 43 Prozent meinten, die Frauen sollten sich am besten nur um Haushalt und Familie kümmern. Tatsächlich aber sind über 87 Prozent der befragten Frauen berufstätig oder befinden sich im Ruhestand, eine Zunahme um 31 Prozent gegenüber der Generation ihrer Mütter. Das Einkommen der berufstätigen Frauen liegt freilich um 18 Prozent unter dem der Männer. Sehr deutliche Fortschritte für die Frauen sind bei der Schulbildung zu verzeichnen. Während 61 Prozent der weiblichen Befragten unter 40 Jahren die untere Mittelschule absolviert oder eine höhere Schulbildung genossen haben, liegt die entsprechende Quote bei ihren Müttern nur bei 12 Prozent. Mehr als die Hälfte der Frauen möchte beruflich mindestens ebenso erfolgreich sein wie die Männer. Knapp 48 Prozent der Frauen gaben an, daß sie den Belangen ihrer Arbeitseinheit große Aufmerksamkeit schenken und am Arbeitsplatz häufig ihre Meinung sagen oder Vorschläge machen, und 26,9 Prozent wünschte sich, als Vertreter in den örtlichen Volkskongreß gewählt zu werden. Unter arrangierten Ehen hat nur noch eine Minderheit der Frauen zu leiden. 79,5 Prozent der verheirateten Frauen unter 40 hatten sich ihren Ehemann selbst ausgesucht, und über die Hälfte der Ehefrauen sind zufrieden mit ihren Entscheidungsrechten in Familienangelegenheiten. Insgesamt sind nur 40 Prozent aller Befragten der Ansicht, daß die Gleichstellung der Geschlechter bereits gesellschaftlich anerkannt sei. (XNA, 20.9.91). Unterdessen wollen das Shanghaier Fernsehen, eine Zeitung und eine Nähmaschinenfabrik der Stadt das Umdenken bei den Männern fördern, indem sie einen Wettbewerb zur Kür der zehn besten Ehemänner durchführen. Die Kandidaten werden von ihren Gattinnen vorgeschlagen (SCMP, 20.9.91.).

Am 14. September eröffnete der Chinesische Frauenverband in der Stadt Sanmenxia eine mehrtägige internationale Tagung von Frauen in Führungspositionen und stellte Zahlen zur beruflichen Stellung von Frauen in China vor. Demnach beläuft sich die Zahl der Frauen unter allen 140 Millionen Angestellten Chinas heute auf 52 Millionen oder 37,6 Prozent. Die 9 bis 10 Millionen weiblichen Funktionäre - also Angestellte mit Leitungsaufgaben - entsprechen einem Anteil von 30,3 Prozent. Deutlich geringer ist der Anteil der weiblichen Deputierten im Nationalen Volkskongreß: Er liegt bei 21,3 Prozent. Im entscheidenden Gremium, dem Ständigen Ausschuß, bringen es die Frauen schließlich nur noch auf 11,6 Prozent. Wie auch in anderen Ländern zu beobachten, nimmt der Frauenanteil demnach ab, je höher die Position ist. Die höchsten weiblichen Vertreter im Staate sind zwei Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses, zwei Stellvertretende Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz, drei Ministerinnen und zwölf Vize-Ministerinnen. In China gibt es über 200 weibliche Bürgermeister oder Stellvertretende Bürgermeister.

Auch wenn der Anteil von Frauen in Führungspositionen noch gering ist, so sind heute doch die Karriereaussichten für Frauen ungleich besser als früher. So gab es im ersten Nationalen Volkskongreß von 1954 nur einen Frauenanteil von 11,9 Prozent und im damaligen Ständigen Ausschuß gar von nur 5 Prozent, und während sich die Bevölkerung des Landes seit 1949 etwa verdoppelte, stieg die Zahl der weiblichen Angestellten von damals 600.000 bis zum heutigen Wert von 52 Millionen nahezu auf das Neunfache. Auf der Tagung wurde ebenfalls darauf hingewiesen, daß sich auch das berufliche Spektrum für Frauen beträchtlich vergrößert hat. Einst vor allem auf die Bereiche Unterricht und Leichtindustrie beschränkt, gibt es Frauen heute in fast allen Berufen.

Die chinesischen Teilnehmerinnen an der Tagung ließen freilich erkennen, daß die Frauen deutlich besser sein müssen als Männer, um in gleiche Positionen aufzusteigen. Gleichzeitig machten einige Sprecherinnen klar, daß Frauen nicht zugunsten ihrer Kar-

riere darauf verzichten sollten, ihren Eltern eine gute Tochter, ihrem Mann eine gute Ehefrau und ihren Kindern eine gute Mutter zu sein. Beklagt wurde jedoch die dadurch entstehende Doppelbelastung.

Weitere konkrete Verbesserungen für die Aufstiegschancen von Frauen in Führungspositionen konnte die Vertreterin des Frauenverbandes auf der Tagung nicht in Aussicht stellen. Sie verwies lediglich darauf, daß die weiblichen Deputierten auf dem 7. Nationalen Volkskongreß und auf der 7. Politischen Konsultativkonferenz - beide kamen 1988 zusammen - schon viele Vorschläge gemacht hätten, offenbar ohne das gewünschte Echo. (XNA, 14., 19. und 20.9.91)

Demgegenüber erweist sich ein Fünfjahresprogramm als sehr erfolgreich, das der Frauenverband gemeinsam mit 13 Ministerien 1989 initiierte. Unter dem Motto "Lernen und reich werden" erhielten seither 96 Millionen Landfrauen Unterricht in wirtschaftlich verwertbaren Techniken (Ackerbau und Heimindustrie); 2,8 Millionen der 126 Millionen Analphabetinnen des Landes - etwa 70 Prozent der ländlichen Analphabeten sind Frauen - wurden erfolgreich im Lesen und Schreiben geschult. Das Programm, das bislang bereits 120 Millionen Landfrauen erreichte, führt zu einer größeren ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen, es stärkt ihre Stellung in der Familie, vergrößert ihre Bereitschaft, die Kinder länger auf die Schule gehen zu lassen, und kommt indirekt auch der Durchsetzung der Geburtenkontrolle zugute. (XNA, 14.9.91) -hws-

Kultur

*(14)

Schlüsselprojekte der wissenschaftlich-technologischen Forschung

Anläßlich einer Preisverleihung an verdiente Wissenschaftler und Techniker gab Ministerpräsident Li Peng eine positive Bewertung der wissenschaftlich-technischen Schlüsselprojekte unter dem letzten Fünfjahrplan. Unter-